

## ***Ein Klima der Veränderung? Ergebnisse des Weltklimagipfels in Bali 2007***

Astrid Fritz Carrapatoso

Vom 3. bis 14. Dezember 2007 trafen sich Regierungsvertreter aus aller Welt zu einer Weltklimakonferenz auf Bali, Indonesien. Wie bereits ein Jahr zuvor in Nairobi, Kenia, waren mit dieser Konferenz große Hoffnungen verbunden, konkrete Zielsetzungen für die Verhandlungen von 2009 an über ein neues Klimaschutzabkommen zu verabschieden. Dieses Abkommen soll das im Jahre 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ersetzen. Die beiden Verhandlungswochen zeigten einmal mehr, wie festgefahren die Positionen waren. Verzweifelt wurde schließlich ein Tag nach Beendigung der Konferenz ein Kompromiss ausgehandelt.

### **Analyse:**

- Aufgrund des vorab veröffentlichten Berichtes des *International Panel on Climate Change* (IPCC) und der im Vorfeld bekannten Zielsetzungen der *Europäischen Union* (EU) waren die Erwartungen bezüglich konkreter Vorgaben in der „Bali Roadmap“ hinsichtlich der Verringerung der Treibhausgasemissionen sehr hoch. Diese Erwartungen konnten nicht erfüllt werden.
- Die Verhandlungen erwiesen sich mehr als ein machtpolitisches Spiel zwischen den USA, der EU sowie den Schwellen- und Entwicklungsländern denn als inhaltliche Auseinandersetzung. Ein Patt stellte sich bereits nach einer Woche ein.
- Trotz der unnachgiebigen Haltung insbesondere auf Seiten der USA und der Schwellen- und Entwicklungsländer zeichnet sich ein Bewusstseinswandel ab.
- Die EU konnte ihre Verhandlungsziele weitgehend durchsetzen, nicht aber ihre Forderung nach konkreten Emissionszielen.
- Im Abschlussdokument wurde zwar die Rolle multilateraler Institutionen in der Klimaschutzpolitik thematisiert, jedoch nicht ihre Stärkung.

*Schlagwörter: Klimawandel, Weltklimagipfel, Global Governance*

## 1. Auf dem Weg nach Bali

Dass die verheerenden Folgen des Klimawandels zumindest in der Öffentlichkeit ernst genommen werden, zeigt die Tatsache, dass Klimaschutz auf der politischen Agenda ganz weit nach oben gerückt ist. Sowohl der Friedensnobelpreis für den *International Panel on Climate Change* (IPCC) und den ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore als auch die Klimapolitik der *Europäischen Union* (EU) und Deutschlands sind Ausdruck großer Sensibilität für dieses Thema. Die Verabschiedung eines umfassenden Energie- und Klimaprogramms kurz vor der Weltklimakonferenz in Bali sollte Deutschlands Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz nochmals bekräftigen. Ebenso vorbildhaft erschienen bereits zu Beginn der Verhandlungen die Zielsetzungen der EU, die u. a. eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes seitens der Industrienationen zwischen 25 und 40 Prozent anstreben. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, ob es sich hierbei nur um symbolische Politik handelt oder ob die Staaten ein genuines Interesse haben, mit vereinten Kräften eine effektive Klimapolitik zu betreiben, die den düsteren Prognosen renommierter Klimaforscher entgegenwirken kann.

## 2. Günstige Rahmenbedingungen – hohe Erwartungen

Die Rahmenbedingungen schienen insgesamt günstig zu sein. Nicht nur, dass der Klimawandel in der Öffentlichkeit allgegenwärtig war, auch in der Politik bewegte sich etwas. Ein entscheidendes Ereignis war der G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007. Bereits zuvor hatte Bundesumweltminister Gabriel die Umweltminister der G8-Staaten sowie die der wichtigsten Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika nach Potsdam eingeladen, um die Interessenlage zu klären. Ziel war es, dadurch eine Grundlage für konstruktive Verhandlungen im Rahmen sowohl des G8-Gipfels als auch der Weltklimakonferenz in Bali zu schaffen. Während des G8-Gipfels war Klimaschutz eines der wichtigsten Themen. Im Abschlussdokument einigten sich die G8-Staaten darauf, basierend auf dem Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und den wissenschaftlichen Berichten des IPCC, gemeinsam gegen den Klimawandel vorzugehen und die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre zu stabilisieren. Gleichzeitig wurde darauf verwiesen, dass

die Beteiligung am weltweiten Klimaschutz nach Verantwortung und entsprechenden Kapazitäten differenziert werden müsse.

Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg nach Bali waren die Klimagesprache der *Ad-hoc-Arbeitsgruppe* (AWG 4) in Wien, an denen alle 192 Vertragsstaaten des UNFCCC teilnahmen. Während des Treffens wurden Bausteine eines neuen Klimaschutzregimes diskutiert.

Der IPCC legte 2007 vier Berichte zur Beurteilung des Klimawandels vor. Eine Zusammenfassung aller vier Berichte sollte jeder Staatendelegation als Grundlage für die Verhandlungen dienen. Auch wenn die Ergebnisse des IPCC in manchen Kreisen immer noch umstritten sind (vgl. Mangini 2007; Lomborg 2007), ist es die Vielzahl der Befunde, die in die Berichte einfließen, die das Gesamtergebnis glaubwürdig machen. Inzwischen ist sich der Großteil der Wissenschaftler einig, dass der Klimawandel nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, dass die derzeitige Erderwärmung höchstwahrscheinlich auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist, dass die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre weiter steigen wird und dass aufgrund dieser Tatsachen dringend gehandelt werden muss und nur gemeinsames Handeln den Klimawandel aufhalten kann (IPCC 2007). Die zahlreichen Dialoge und Konferenzen über den Klimawandel verdeutlichen, dass die Staaten sensibler auf diese Erkenntnisse reagieren. Aufgrund dieser Entwicklung zeigte sich Achim Steiner, Exekutivdirektor der UN-Umweltbehörde (UNEP), zuversichtlich und schätzte die Voraussetzungen für erfolgreiche Gespräche über die globale Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes optimistischer ein als noch im Vorjahr in Nairobi. Auch Umweltaktivisten hatten vor der Konferenz den Eindruck, dass sich die Stimmung geändert habe und wirklicher Wille zu Verhandlungen vorhanden sei. Die Erwartungen an die Verhandlungen in Bali waren im „Klimajahr 2007“ dementsprechend hoch.

## 3. Was verhandelt werden sollte

Die Weltklimakonferenz in Bali war mit über 10.000 Teilnehmern aus 189 Staaten die bisher größte Weltklimakonferenz. Ziel der Konferenz war es, den Weg für weitere Verhandlungen über ein Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu ebnen, da dieses im Jahr 2012 auslaufen wird. Das in Bali zu beschließende Verhandlungsmandat, die „Bali Roadmap“,

sollte Kernthemen beinhalten, auf denen ein neues Klimaschutzregime aufgebaut werden könnte. Zudem sollte es Methoden zum Klimaschutz und einen genauen Zeitplan für weitere Verhandlungen erstellen.

Das Kyoto-Protokoll schreibt vor, dass die Industriestaaten ihre Emissionen klimaschädlicher Gase bis zum Jahr 2012 auf 5,2 Prozent im Verhältnis zum Basisjahr 1990 drosseln. Gleichzeitig werden durch das Protokoll die Mechanismen des Emissionsrechtenhandels (*Emission Trading*), der umweltverträglichen Entwicklung (*Clean Development Mechanism*) und der gemeinsamen Umsetzung (*Joint Implementation*) eingeführt (vgl. Kyoto-Protokoll). Diese drei Mechanismen bedürften laut Simonis (2006) in einem Folgeabkommen einer Nachjustierung, da zurzeit ein regionales Ungleichgewicht bezüglich des Clean-Development-Mechanismus bestehe und der Emissionsrechtenhandel unzureichend oder bisher gar nicht implementiert sei. Außerdem sei kein einheitliches Energieeffizienzkonzept vorhanden, das für die effektive gemeinsame Umsetzung notwendig wäre. Seiner Meinung nach sollte über die Ergänzung der bisherigen Mechanismen durch eine weltweite CO<sub>2</sub>-Steuer und über eine Doppelstrategie, d. h. eine Verbesserung des Kyoto-Protokolls und die Schaffung eines Technologieprotokolls, nachgedacht werden. Zusätzlich müssten die bestehenden umweltpolitischen Institutionen gestärkt werden. All diese Aspekte seien in Nairobi nicht diskutiert worden (Simonis 2006). In Bali werde sich zeigen, ob die Teilnehmerstaaten aus den Verhandlungen in Nairobi gelernt hätten und sich auf konkretere Maßnahmen einigen können.

#### 4. Ein Klima der Veränderung – Die Rolle der USA und der EU

Die Verhandlungsparteien konnten und wollten sich nicht auf konkrete Reduzierungsziele, das Ziel einer Maximalerwärmung um zwei Grad Celsius oder ein Äquivalent einlassen. Stattdessen wird in einer Fußnote auf den Beitrag der Arbeitsgruppe III des IPCC verwiesen, ohne im Haupttext genauer auf dessen Inhalt einzugehen. Dies ist sicherlich ein Aspekt, der seitens der Medien, Umweltschützer und Wissenschaftler, aber auch von manchen Teilnehmerstaaten und der EU kritisiert wurde. Im Gegensatz zu den USA hat die EU am 30. Oktober 2007 acht Verhandlungsziele für die „Bali Roadmap“ und somit für ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-

Protokolls erarbeitet. Die EU forderte eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad Celsius über der vorindustriellen Temperatur, weitere reichende verpflichtende Emissionssenkungen in den Industrieländern, faire und wirksame Beiträge durch andere Länder, Stützung und Erweiterung des Kohlenstoffmarktes, vermehrte Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Einsatz sauberer Technologien, größere Bemühungen um eine Anpassung an den Klimawandel, Auseinandersetzung mit den Emissionen aus der internationalen Luft- und Schifffahrt sowie eine Verringerung der durch Entwaldung verursachten Emissionen (Europäische Kommission 2007). Unter anderem um ihr Gesicht zu wahren und das Bild des europäischen Vorreiters in Sachen Klimapolitik zu bestätigen, war es für die EU besonders wichtig, den Großteil ihrer Forderungen bereits in der „Bali Roadmap“ zu verwirklichen. Allerdings wäre bei einem Beharren auf der Festsetzung konkreter Emissionsziele das ganze Mandat zum Scheitern verurteilt gewesen, da die USA niemals zugestimmt hätten.

Inzwischen ist allen Beteiligten klar, dass mit allen Mitteln versucht werden muss, die USA in eine internationale Klimaschutzpolitik einzubinden. Andere Staaten, insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer, machen beispielsweise ihren Beitrag von dem der USA abhängig. Durch das Einlenken der USA waren auch sie bereit, über einen Beitrag im Klimaschutz nachzudenken und dies auch im „Bali Action Plan“ zu formulieren. Obwohl die USA letztendlich dem Abschlussdokument zustimmten und somit ein Scheitern des Verhandlungsprozesses verhinderten, streben sie nach wie vor Alternativen an, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen, wie bei einem *Major Economies Meeting on Energy Security and Climate Change* (MEM) mit den 17 Hauptemittenten von Treibhausgasen in Hawaii im Januar 2008. Die MEMs sind eine neue Initiative der Regierung Bush und sehen laut Agenda u. a. vor, im Jahr 2008 ein Abkommen zu treffen, in dem langfristige globale Ziele im Hinblick auf die Senkung der Treibhausgase festgelegt werden. Diese Initiative ist ein Ergebnis des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm. Das erste Treffen fand bereits im Vorfeld der Klimakonferenz in Bali im September 2007 statt. Grundsätzlich wurde diese Initiative auch auf dem Gipfel der *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) in Sydney im vergangenen Jahr begrüßt. Jedoch wird darauf verwiesen, dass die MEMs als Beitrag für ein neues Klimaschutzabkommen im Jahr 2012 im Rahmen der UNFCCC gesehen werden müssen.

Sollten die USA die MEMs als ernsthafte Alternative statt als Ergänzung zum Verhandlungsprozess der internationalen Institutionen betrachten, untergräbt diese Initiative erneut die Anstrengungen innerhalb der UN und widerspricht den Aussagen, die während des letzten APEC-Gipfels getroffen wurden und Klimaschutzpolitik als innerhalb der UN-Institutionen angesiedelt dargestellt hatten. Wie erfolgreich die MEMs sein und ob sie tatsächlich einen wertvollen Beitrag auf dem Weg zu Kyoto II leisten können, wird sich in den nächsten zwei Jahren zeigen. Die Hoffnungen auf einen politischen Kurswechsel und somit erfolgreiche Verhandlungen über ein neues Klimaschutzabkommen ruhen auf den nächsten US-Präsidentenwahlen. Denn die oppositionellen Demokraten haben bereits angekündigt, dass es mit ihnen an der Macht verbindliche Reduzierungsziele für Treibhausgasemissionen geben wird. Das zeigt beispielsweise das im Dezember vom Kongress verabschiedete Gesetz zu mehr Energieeffizienz einschließlich Verbrauchsrichtwerten für Automobile sowie der vom *U.S. Senate Committee on Environment and Public Works* abgesegnete Gesetzesentwurf zu verbindlichen Emissionszielen. Australien hat es bereits vorgeführt und unter dem neuen Premierminister Kevin Rudd das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Somit hat die Regierung Bush einen ihrer wichtigsten Verbündeten verloren. Das Einlenken während des G8-Gipfels und innerstaatliche Entwicklungen im Bereich Klimaschutz sind bereits jetzt erste Anzeichen dafür, dass die USA von ihrer vormals starren und abwehrenden Haltung in Bezug auf die internationale Klimapolitik mit konkreten Richtwerten Schritt für Schritt abweichen.

Einer der Gründe liegt sicherlich im internationalen öffentlichen Druck, dem die USA aufgrund ihrer Verweigerungshaltung bezüglich des Kyoto-Protokolls ausgesetzt sind. Ein weiterer und vielleicht wichtiger Grund kann in den innerstaatlichen Entwicklungen gefunden werden. So haben sich US-Bundesstaaten im Nordosten zu einer *Regionalen Treibhausgasinitiative* zusammengeschlossen. Im Westen ist Kalifornien die treibende Kraft und bildet zusammen mit Oregon und Washington ein vergleichbares Bündnis. In diese Reihe haben sich kürzlich neun weitere Bundesstaaten im Mittleren Westen eingegliedert. Diese Bundesstaaten haben durchaus ehrgeizige Maßnahmen beschlossen, die Treibhausgasemissionen nach den Vorgaben des Kyoto-Protokolls zu vermindern und beispielsweise den Emissionsrechtshandel zu implementieren.

Ein Bewusstseinswandel seitens der US-Bevölkerung kann daher durchaus verzeichnet werden und stimmt für die Zukunft optimistisch.

Zudem ist erwähnenswert, dass es eine Klimapolitik in den USA auch auf Bundesebene gibt, die bisher weitgehend auf dem Freiwilligkeitsprinzip gründet. Und dies scheint der springende Punkt zu sein. Die USA haben auch im Rahmen der Klimakonferenz in Bali für Reduzierungsziele auf freiwilliger Basis plädiert. Für verbindliche Regeln wollen sie sich allerdings nicht einsetzen. Zu vermuten ist hier das Wirken einer starken Business-Lobby, die sich gegen verbindliche Emissionsziele zur Wehr setzt. Inzwischen hat allerdings auch die US-amerikanische Wirtschaft den Klimaschutz für sich entdeckt und fordert von der Regierung sogar härtere Gesetze und Auflagen, um die Treibhausgasemissionen signifikant zu drosseln. Beispielsweise haben sich zehn große Firmen, darunter der Ölkonzern *BP America* oder der Energiekonzern *General Electric* zu einem *United States Climate Action Partnership* (USCAP) zusammengeschlossen und fordern ebendiese Ziele. Um Wettbewerbsvorteile durch geringe Umweltstandards zu vermeiden, wären international verbindliche Regelungen von Vorteil, da dann auch die Schwellenländer China und Indien sowie die Entwicklungsländer einbezogen werden könnten. Diese hingegen haben zwar in Bali zum ersten Mal zugestanden, über Grenzwerte nachzudenken, möchten allerdings ihr rasantes wirtschaftliches Wachstum nicht gefährdet sehen.

## 5. Ergebnisse

Die Konferenz in Bali und das Ringen um einen Kompromiss haben gezeigt, dass der Handlungsdruck auf die US-Regierung steigt, sowohl von innen als auch von außen. Die Verhandlungen wirkten bis zum Schluss wie verbissener Machtkampf und reine Interessenpolitik. Ausdruck dafür war das sich bereits nach einer Woche einstellende Patt zwischen den USA, der EU sowie den Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere China und Indien, da diese nicht bereit waren, von ihren Positionen abzuweichen. Die Haltung der Regierung Bush indes erschien aufgrund der angesprochenen innerstaatlichen Hintergründe schwer nachvollziehbar. Auch wenn das Gesamtergebnis die hohen Vorerwartungen nicht erfüllen konnte, demonstrierte der gesamte Prozess, dass auf diese Weise keine Lösungen für den Klimawandel gefunden

werden können. Das haben letztendlich alle Parteien am Ende dieses Verhandlungsmarathons einsehen müssen.

Betrachtet man die Schwierigkeiten, die diese Verhandlungen mit sich brachten, kann die Einigung auf ein Verhandlungsmandat, insbesondere im Vergleich zu den Ergebnissen der Klimakonferenz 2006 in Nairobi, durchaus als Erfolg gewertet werden. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zeigte sich zufrieden, da zum ersten Mal alle Industrieländer dazu verpflichtet worden seien, über die Verringerung der Treibhausgase zu verhandeln. Erstmals hätten auch die Entwicklungsländer Ziele für den Klimaschutz akzeptiert, was in der Tat ein Novum darstellt. Es wurden zwar keine konkreten Reduzierungsziele für Treibhausgasemissionen formuliert, jedoch wurden die Ergebnisse des vierten IPCC-Berichtes offiziell anerkannt. Die Tatsache, dass im „Bali Action Plan“ keine konkreten Richtlinien des IPCC erscheinen, sondern lediglich eine Fußnote mit dem Verweis auf das IPCC, wurde von vielen Seiten kritisiert. Insbesondere Deutschland und die EU hätten sich konkrete Zahlen im Verhandlungsmandat gewünscht. Im Abschlussdokument wurde zudem festgeschrieben, dass neben einer langfristigen Strategie zur Senkung der Treibhausgasemissionen auch über Konzepte nachgedacht werden soll, um die Klimafolgen aufzufangen oder/und sich diesen anzupassen. Solche Konzepte sollen sowohl von den Industrie- als auch von den Entwicklungsländern mit der entsprechenden Unterstützung und unter Berücksichtigung der jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten entwickelt werden. Diesbezüglich wird auch betont, dass die Rolle der UNFCCC, multilateraler Institutionen, der Öffentlichkeit, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft gestärkt werden solle. Schließlich wurde zur weiteren Bearbeitung die *Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur langfristigen Kooperation* im Rahmen des UNFCCC eingesetzt, deren Ergebnisse auf der Weltklimakonferenz im Jahr 2009 vorgestellt und angenommen werden sollen. Ein Zeitplan für den weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde angefügt (vgl. Bali Action Plan). Ein weiteres wichtiges Thema war die Abforstung, da dadurch nicht nur schädliche Klimagase freigesetzt werden, sondern auch bedeutende sogenannte CO<sub>2</sub>-Senken massiv zurückgehen. Dies ist beispielsweise ein wichtiges Thema in Bezug auf das Gastgeberland Indonesien, wo Regenwald durch Brandrodung zerstört wird, um Land für die Palmölproduktion zu gewinnen. Trotz kurzfristiger wirtschaftlicher Gewinne ist die

lokale Bevölkerung wegen der damit verbundenen Umweltschäden langfristig mit gravierenden Problemen konfrontiert. Während der Konferenz einigte man sich auf eine Art Belohnungsprinzip, um die Entwicklungsländer zu motivieren ihre Wälder zu schützen. Der Weltbank-Chef Robert Zoellick versprach zusätzliche Mittel in Höhe von 300 Mio. US\$, um Entwicklungsländern zu helfen, ihre durch Abforstung entstehenden Treibhausgasemissionen zu drosseln.

Klimaforscher Professor Hans-Joachim Schellnhuber, Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sagte vor der Konferenz, dass es wichtig sei, „drei oder vier ambitionierte Eckpunkte“ in das Verhandlungsmandat zu schreiben, um die Marschroute für künftige Verhandlungen vorzugeben (FAZ, 4.12. 2007). Die grobe Richtung für weitere Verhandlungen wurde zwar eingeschlagen, hier jedoch von Wegmarken zu sprechen – einem Wort, das oft mit bahnbrechenden Zielen, Wendepunkten oder ersten Erfolgen verbunden ist – erscheint etwas übertrieben. Die Verhandlungsziele im „Bali Action Plan“ hätten wesentlich ehrgeiziger und konkreter ausfallen können.

Letztendlich zeigte sich an den Verhandlungen von Bali, dass es sich wieder einmal um ein Machtspiel zwischen den USA, der EU sowie den Entwicklungs- und Schwellenländern handelte, deren Ergebnis ein verzweifelter Versuch um einen tragbaren Kompromiss war. Am Ende war jedoch offensichtlich, dass die einzelnen Staaten zwar ihre Verhandlungsmacht behalten und ihre Interessen durchsetzen wollten, jedoch wollten sie auch ihr Gesicht wahren und nicht als Sündenbock für eine misslungene Klimaschutzpolitik dastehen. Daher glimmt ein Funke Hoffnung auf, denn im Vergleich zu Nairobi hat sich tatsächlich etwas bewegt.

## 6. Fazit

Die „Bali Roadmap“ war aufgrund der hohen Erwartungen und der günstigen Rahmenbedingungen im „Klimajahr 2007“ zunächst eine Enttäuschung. Die teilnehmenden Staaten einigten sich nicht auf konkrete Reduzierungsziele für die Treibhausgasemissionen, und die Ergebnisse des IPCC wurden nur indirekt ins Verhandlungsmandat mit aufgenommen. Die Gespräche erwiesen sich als äußerst schwierig und wären fast gescheitert, hätten die USA am Ende nicht doch noch eingelenkt. Die EU konnte ihre ehrgeizigsten Ziele, nämlich die Be-

grenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad Celsius und verpflichtende Emissionssenkungen, nicht verwirklichen, obwohl sie durch ihre eigene Politik demonstrierte, dass solche Verpflichtungen durchaus umsetzbar und nicht mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden sind. Auch der globale Kohlenstoffmarkt wurde, abgesehen vom *Clean Development Mechanism*, nicht ernsthaft thematisiert. Die Emissionen aus der internationalen Luft- und Schifffahrt wurden ebenfalls nicht debattiert. Konkretere Zielsetzungen für die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls wären wünschenswert gewesen und hätten weitere Gespräche vereinfacht, da Grundsätzliches bezüglich des weltweiten Klimawandels und der daraus zu ziehenden Konsequenzen bereits jetzt hätte geklärt werden können. Und dennoch darf man das Resultat nicht zu pessimistisch beurteilen, denn trotz aller Schwierigkeiten bezeichnet es einen Bewusstseinswandel. Die USA rücken langsam von ihrem Unilateralismus im Bereich der Klimapolitik ab, die Schwellen- und Entwicklungsländer zeigen Bereitschaft zum Engagement, und die wissenschaftlichen Ergebnisse zum Klimawandel werden nicht mehr in Frage gestellt. Hoffnungsvoll stimmen in den USA ebenfalls die innerstaatlichen Entwicklungen und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Auch wenn die Verhandlungen über ein neues Klimaschutzabkommen mehr Engagement von allen Parteien verlangen, so scheinen die gegenwärtigen politischen Entwicklungen weiterhin günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.

## Literatur

- Asia-Pacific Economic Co-operation (APEC): Sydney APEC Leaders' Declaration On Climate Change, Energy Security And Clean Development, [www.apec.org/apec/leaders\\_\\_declarations/2007/aelm\\_climatechange.html](http://www.apec.org/apec/leaders__declarations/2007/aelm_climatechange.html) (Zugriff 18.01.2008).
- Bali Action Plan, [http://unfccc.int/files/meetings/cop\\_13/application/pdf/cp\\_bali\\_action.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/cop_13/application/pdf/cp_bali_action.pdf) (Zugriff 13.01.2008).
- Europäische Kommission: IP/07/1773, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1773&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Zugriff 18.01.2008).
- Goulder, Lawrence H. (2007): California's Bold New Climate Policy, in: *The Economists' Voice*, Bd. 4, Nr. 3, [www.bepress.com/ev/vol4/iss3/art5](http://www.bepress.com/ev/vol4/iss3/art5) (Zugriff 13.01.2008).
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2007): Fourth Assessment Report. Climate Change 2007: Synthesis Report. Summary for Policymakers, [www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr\\_spm.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf) (Zugriff 18.01.2008).
- Joint Statement by the German G8 Presidency and the Heads of State and/or Government of Brazil, China, India, Mexico and South Africa on Occasion of the G8 Summit in Heiligendamm, Germany, 8 June 2007, [www.g-8.de/Content/EN/Artikel/\\_g8-summit/anlagen/o5-erklaerung-en,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/o5-erklaerung-en](http://www.g-8.de/Content/EN/Artikel/_g8-summit/anlagen/o5-erklaerung-en,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/o5-erklaerung-en) (Zugriff 18.01.2008).
- Kyoto-Protokoll, [www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/protodt.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/protodt.pdf) (Zugriff 03.01.2008).
- Mangini, Augusto (2007): Ihr kennt die wahren Gründe nicht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.04.2007, Nr. 81, S. 35.
- Lomborg (2007): *Cool It: The Skeptical Environmentalist's Guide to Global Warming*, Singapore.
- Simamora, Adiando P. (2008): Time to get serious in the global fight against climate change, in: *The Jakarta Post*, 02.01.2008.
- Simonis, Udo E. (2006): Nairobi 2006 – Erwartungen und Enttäuschungen in der internationalen Klimapolitik, *GIGA Focus Global*, Nr. 10.

## ■ Die Autorin

Dr. Astrid Fritz Carrapatoso ist wissenschaftliche Assistentin am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg i. Br. Forschungsschwerpunkte: Internationale Freihandelspolitik, Umweltpolitik, zivilgesellschaftliche Akteure, Region Asien-Pazifik.

E-Mail: [astrid.carrapatoso@politik.uni-freiburg.de](mailto:astrid.carrapatoso@politik.uni-freiburg.de)

Website: [www.politik.uni-freiburg.de/mitarbeiter/carrapatoso.php](http://www.politik.uni-freiburg.de/mitarbeiter/carrapatoso.php)

## ■ GIGA/DÜI-Publikationen zum Thema

Simonis, Udo E. (2006): Nairobi 2006 – Erwartungen und Enttäuschungen in der internationalen Klimapolitik, GIGA Focus Global, Nr. 10.

Hein, Wolfgang/Voegeli, Wolfgang (Hg.) (2004): GATS und globale Politik, Hamburg.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus).

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: [giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de); GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM